
Zusammenfassung

Dieses Kapitel fasst die bisherige Forschung zu Staatskollaps und fragiler Staatlichkeit zusammen und systematisiert sie entlang ihrer dominanten Stränge. Es diskutiert, warum Staatskollaps ein besser abgrenzbarer Begriff ist als Fragilität. Aus dem Staatsbegriff von Max Weber wird eine institutionalistische Definition des Staates entwickelt, die den Staat durch die Monopole der Gewaltkontrolle, der Rechtsetzung und der Steuererhebung charakterisiert.

Keywords

Staat, Staatlichkeit, Max Weber, Staatskollaps, Forschungsstand, Kritik, fragile Staatlichkeit

Staatskollaps, Staatszerfall und fragile Staatlichkeit sind viel diskutierte Begriffe, die alle auf dasselbe Phänomen verweisen: Die Unfähigkeit eines Staates, innerhalb seiner Grenzen als der Souverän aufzutreten, der er laut der politischen Theorie sein soll. Derartige fragile, zerfallende und kollabierte Staaten weisen unterschiedlich große Defizite auf, wenn es um zentrale Staatsaufgaben wie Gewaltkontrolle, die Durchsetzung staatlichen Rechts oder die Erhebung von Steuern und Abgaben geht. Die verschiedenen Begriffe verweisen dabei auf das Ausmaß der Problematik: Während Fragilität bereits auf geringe Defizite hindeutet, müssen für eine Einstufung als Zerfall bereits deutliche Anzeichen vorliegen, während der Begriff „Kollaps“ nur auf eine kleine Gruppe von Extremfällen angewandt wird.

Seit den frühen 1990er Jahren hat sich in der Politikwissenschaft hierzu eine umfangreiche Literatur entwickelt, die sich jedoch auf ausgewählte Aspekte des Themas konzentriert, während andere vernachlässigt werden. Besonders auffällig ist der Mangel einer systematischen Erforschung der Ursachen eines derartigen Versagens staatlicher Institutionen. Dies liegt zum einen an einer wenig zielführenden „Arbeitsteilung“ der politikwissenschaftlichen Subdisziplinen der Internationalen Beziehungen und der Vergleichenden Politikwissenschaft (Lambach i. E.) und zum anderen an einem Mangel angemessener Daten, um auf diesem Feld eine aussagekräftige Forschung mit größeren Fallzahlen durchzuführen. Eine Folge davon ist, dass in der wissenschaftlichen Literatur viele Hypothesen über die Ursachen von fragiler, zerfallender und kollabierter Staatlichkeit formuliert, aber bislang nicht überprüft worden sind.

Die gegenwärtige Beschäftigung mit fragiler Staatlichkeit hat ihre Wurzeln in einem Aufsatz aus dem Jahr 1992, der erstmals die Frage stellte, was der Westen – hier speziell die USA – tun könne, um „zerfallene Staaten“ (failed states) zu retten (Helman und Ratner 1992). Insbesondere in ihrer ersten Dekade befasste sich die Forschung stark mit Begrifflichkeiten – neben dem zunächst dominanten Konzept des Staatszerfalls (Gros 1996; Tetzlaff 1993) wurde u. a. von Staatskollaps (Zartman 1995), dem „unterbrochenen Staat“ (Saikal 2000), dem „invertierten Staat“ (Forrest 1998), dem „failing state“ (Tetzlaff 2000) sowie von „fragmentierten, unkontrolliert regierten Gebieten“ (Büttner 2004) gesprochen. Inzwischen hat sich der Begriff des „fragilen Staates“ als Sammelbegriff etabliert, was auch zu einer gewissen Integration der verschiedenen Ansätze in einem gemeinsamen Forschungsfeld beigetragen hat.

Der Fragilitätsbegriff bot gegenüber den Alternativen gleich mehrere Vorteile. Erstens ist damit eindeutig ein Zustand beschrieben, während beim zuvor dominanten Begriff des Staatszerfalls immer der Gedanke an einen Prozess der Verschlechterung mitschwang. Zweitens ist „Fragilität“ politisch unverfänglicher als Bezeichnungen wie „Schwäche“, „Versagen“ oder „Kollaps“, die alle das Defizitäre an der Staatlichkeit stärker betonen; gleichzeitig kann man aus dem neutral klingenden Begriff der Fragilität weniger leicht eine Schuldzuweisung herauslesen, wer denn für diesen Zustand verantwortlich zu machen ist.

Im aktuellen Sprachgebrauch wird mit fragiler Staatlichkeit eine breite Spanne von Beispielen institutionellen Versagens beschrieben (siehe Abb. 2.1, vgl. mit teils abweichenden Terminologien Debiel und Reinhardt 2004; Erdmann 2003; Mair 1999; Rotberg 2004; Rüb 2003; Schneckener 2006b). Dazu gehören die zwar schwachen, aber zumindest noch teilweise funktionsfähigen Staaten ebenso wie die krisengeschüttelten, zerfallenden Staaten. Am Ende des Kontinuums von Staatlichkeit stehen die zerfallenen oder kollabierten Staaten, in denen die staatlichen Institutionen nahezu jede produktive Arbeit eingestellt haben. Die Punkte dieses

Spektrums umfassen sehr unterschiedliche Gruppen von Staaten, z. B. haben wir nur 17 Fälle von Staatskollaps im Zeitraum 1960-2007 identifizieren können (vgl. Kap. 5). Demgegenüber weist die Mehrzahl der Staaten weltweit Anzeichen schwacher Staatlichkeit auf. Diese Gruppe ist weitgehend deckungsgleich mit der der Entwicklungs- und Schwellenländer, aber auch manche OECD-Staaten wie Mexiko sind davon betroffen. Andere Schätzungen bewegen sich irgendwo zwischen diesen Endpunkten. Beispielsweise sprach die Weltbank 2005 von 25 fragilen Staaten („Low Income Countries Under Stress“ im damaligen Sprachgebrauch der Bank, vgl. World Bank Independent Evaluation Group 2006, S. 4). Ebenfalls 2005 listete das britische Department for International Development (DfID) 46 Länder auf, die nach seiner Definition als fragil einzustufen seien (Department for International Development [DFID] 2005). Auf der aktuellen „Harmonized List of Fragile Situations“ der Weltbank befinden sich 36 Länder und Territorien (World Bank 2014).



Abb. 2.1 Kontinuum von Staatlichkeit

Quelle: Lambach und Bethke (2012)

2.1 Forschungsfeld

Die Forschung zu fragilen, zerfallenden und kollabierten Staaten hat seit ihrer Entstehung Anfang der 1990er Jahre eine dramatische Ausweitung erlebt. Dabei standen insbesondere drei Aspekte im Vordergrund: 1) die Definition und begriffliche Reflexion des Gegenstands, 2) die Diskussion von dessen Auswirkungen sowie 3) die Identifikation von Handlungsoptionen für externe Akteure.

Der erste Strang war in der Anfangsphase der Forschung zu diesem Themengebiet (ca. 1992-2001) besonders dominant. Zu dieser Zeit wurde der Begriff des „Staatszerfalls“ bzw. des „failed state“ geprägt und viel über seine genaue Bedeutung

debattiert (z. B. Gros 1996; Helman und Ratner 1992; Tetzlaff 1993; Widner 1995). Diese Ansätze verwenden als Maßstab i. d. R. einen Weberschen Idealtyp des Staates. Es gibt jedoch Beiträge, die die Bindung der Forschung an westliche Staatskonzepte kritisieren. Sie fordern, die Forschung sollte sich an Realtypen anstelle von Idealtypen orientieren (insbesondere Migdal und Schlichte 2005), um zu erforschen, wie angesichts der Ineffektivität des formalen Staates Governance-Leistungen bereitgestellt werden können (Chojnacki 2007; Clements et al. 2007; Meagher 2012; Raeymaekers et al. 2008; Risse 2012; Risse und Lehmkuhl 2007; von Trotha 2000). Darüber hinaus findet auch eine Auseinandersetzung mit den verwendeten Begriffen selbst statt (vgl. Kap. 2.3), wobei einzelne Beiträge deren Sinnhaftigkeit insgesamt anzweifeln (Call 2008; Hameiri 2007; Jones 2008; Schlichte 2005b, 2006). Andere kritisieren deren Verwendung zur Legitimierung politischer oder militärischer Interventionen (z. B. Bilgin und Morton 2002, 2004; Bourne 2011; Schlichte 2008). Ferner lehnen postkoloniale Beiträge die verbreitete Anwendung von Kategorien der Fragilität auf afrikanische Staaten ab, da diese die historischen Besonderheiten afrikanischer Politik hinter einer universalistischen Konzeption von Staatlichkeit verbergen (Hill 2005, 2009; Notshulwana 2011; Wai 2012).

Der zweite Hauptstrang befasst sich mit den Auswirkungen fragiler Staatlichkeit. Hier steht insbesondere die Frage im Mittelpunkt, inwieweit fragile Staaten als Operationsbasis für terroristische Gruppen, Piraten und organisierte Kriminalität dienen (z. B. Gros 2003; Hastings 2009; Hendrix und Young 2014; James 2012; Menkhous und Shapiro 2010; Newman 2007; Patrick 2006, 2007; Piazza 2007, 2008; Schneckener 2003; Simons und Tucker 2007). Darüber hinaus werden die Konsequenzen für das Völkerrecht diskutiert, da zerfallende und kollabierte Staaten das fundamentale Prinzip staatlicher Souveränität in Frage stellen (z. B. Delbrück 2001; Geiss 2005; Herdegen 1995; Kreijen 2004; Thürer 1999). Weiterhin werden gewalttätige Konflikte und Bürgerkriege (z. B. Bussmann 2009; Fearon und Laitin 2003; Hegre et al. 2001; Jackson 2001) sowie die Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit der Zivilbevölkerung als Folgen fragiler Staatlichkeit thematisiert (z. B. Andersen et al. 2007; Englehart 2009; Kurtulus 2012; Reno 2004; Trefon 2004). Nicht zuletzt gibt es eine weitreichende Literatur, die den Einfluss von Fragilität auf wirtschaftliche Entwicklung untersucht (z. B. Bertocchi und Guerzoni 2010; Chauvet und Collier 2008).

Der dritte und umfassendste Strang ist die Erforschung von Handlungsoptionen für externe Akteure im Umgang mit fragilen Staaten. Die sicherheitspolitische Behandlung zerfallender Staaten ist bereits seit den Anfängen des Forschungsfelds ein zentrales Anliegen der Literatur (vgl. exemplarisch Crocker 2003; Helman und Ratner 1992; Herbst 1996; Krasner und Pascual 2005; Rondos 1994; Spanger 2002). Dazu gehört vor allem die Frage, unter welchen Umständen und mit welchen Mit-

teln Interventionen in fragilen Staaten unternommen werden können und dürfen (z. B. Ehrhart 2004; Ignatieff 2002, 2003; Loges und Menzel 2004; Mair 2000, 2004; Spanger 2005). Seit gut einem Jahrzehnt beschäftigt sich auch die Entwicklungspolitik mit dem Thema und sucht nach Strategien, wie Entwicklungszusammenarbeit unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit betrieben werden kann (Debiel et al. 2007; Gisselquist 2014; Hout 2010; Manning und Trzeciak-Duval 2010; Zulueta-Fülscher 2014). Nicht zuletzt aufgrund der Nachfrage aus der politischen Praxis nach Lösungsoptionen hat die einschlägige Forschung oft einen politikberatenden, problemlösenden Ansatz, der teils bis zur Ausarbeitung konkreter Politiken und Reformpakete verfolgt wird (vgl. exemplarisch Heilbrunn 2006; Herbst 2004; Klemp und Poeschke 2005; Krasner und Pascual 2005). Konkret führte dies unter anderem zu einer umfangreichen Literatur zum Aufbau von Staatlichkeit (state-building, vgl. dazu exemplarisch Fukuyama 2004; Paris 2004; Schneckener 2006a).

Darüber hinaus existiert eine Vielzahl an Beiträgen, die sich kritisch mit den Begriffen und Implikationen der Debatte befassen. Das Forschungsfeld zu fragiler Staatlichkeit erhielt einen massiven Auftrieb durch die Versicherheitlichung von ‚failed states‘ nach dem 11. September 2001 (Sabaratnam 2011, S. 23). Dies bedeutet, dass die Schwäche von Staaten nicht nur als Hindernis für die Entwicklung und das friedliche Zusammenleben von Gesellschaften, sondern als Bedrohung für die globale Sicherheit wahrgenommen wurde. Dieser Lesart liegt die Überzeugung zugrunde, dass die Institution des Staates die politische Ordnung darstellt, welche die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, aber auch den Frieden in und zwischen politischen Gemeinschaften am besten gewährleistet. Die „problem-solvers“ (Bliesemann de Guevara 2012, S. 2) der internationalen Politik führten daher ‚statebuilding‘ als Ansatz zur Schaffung von Frieden ein. Die Forschung zu fragiler Staatlichkeit entwickelte sich somit innerhalb des Forschungsfelds zu internationaler Konfliktregelung.

Der Forschungsstrang selbst sowie internationale Interventionen mit dem ambitionierten Ziel des ‚statebuilding‘ riefen Kritik auf unterschiedlichen Ebenen hervor. Zunächst wurde nach den Auswirkungen von ‚statebuilding‘-Interventionen auf die Interventionsgesellschaften gefragt. Die Ausweitung der Agenda von Interventionen, die auf den Aufbau staatlicher Institutionen und die Realisierung „guter Regierungsführung“ abzielt, erforderte eine Aufstockung des Instrumentariums von Interventionen. Dies beinhaltete zum Beispiel, dass externe Agenturen dem Staat zugeschriebene Aufgaben übernehmen oder in formelle Entscheidungsprozesse eingreifen. Damit wurde staatliche Herrschaft internationalisiert (Hill 2009; Veit 2011; Wulf 2007). Das Potential des Staates, durch Leistung und durch seine Beziehung zu den Herrschaftsobjekten bzw. den Staatsbürgern Legitimität zu generieren, wurde dadurch hingegen beeinträchtigt. Wilén (2012) bringt dieses

Paradox zeitgenössischer internationaler Interventionen auf den Punkt: Ihr Ziel ist die Stärkung des Staates, aber ihr Weg führt über die Verletzung staatlicher Souveränität.

Eine parallele Kritik zielt unmittelbar auf den Diskurs um fragile Staaten, der laut Hameiri (2007) zu einer Depolitisierung des nicht-westlichen Staates führt. Die Depolitisierung resultiert wiederum aus verschiedenen Mechanismen des Diskurses: Der nicht-westliche Staat wird als pathologischer Fall, eben als ‚failed‘, ‚quasi‘ oder ‚collapsed‘ dargestellt (Hill 2005; Manjikian 2008). Außerdem werde die afrikanische Welt in eurozentrischen Denktraditionen aus dem Verlauf der Geschichte ausgeschlossen, da sich hier binäre Trennungen wie die von Staat und Zivilgesellschaft nicht realisierten (Sidaway 2003). Gesellschaftsmodelle, die nicht den liberalen Ordnungsvorstellungen entsprächen, würden als „homogenous and disorderly Other“ (Richmond 2009) wahrgenommen. Die depolitisierende Wirkung des Diskurses ist problematisch, da sie seine Nutzung als Rechtfertigung für Interventionen durch internationale Organisationen oder „westliche“ Staaten ermöglicht.

Darüber hinaus wird auch die mangelnde Reflexivität des Forschungsmainstreams kritisiert, der sich der inhärenten Normativität seiner Perspektive auf den Forschungsgegenstand nicht bewusst sei. Die Kritik setzt an der Verwendung von Idealtypen an, die auf Grundlage der europäischen Erfahrung im Spätmittelalter und der Neuzeit entstanden. Im Vergleich dazu ist die Dynamik von Macht und Herrschaft in „nicht-westlichen“ Staaten in andere endogene und exogene Strukturen eingebettet. Der Staat ist zwar global die dominante Idee politischer Ordnung, auf der Ebene von Gesellschaften konkurriert er hingegen mit anderen Regelungsmechanismen (Migdal 1988, 2001). Regionalwissenschaftliche Studien zu „nicht-westlichen“ Regionen und Beiträge der Entwicklungsforschung versuchen die Logik alternativer Ordnungsmodelle und Herrschaftsmechanismen mit Konzepten wie Neopatrimonialismus, Klientelismus, „Para-Staatlichkeit“ (von Trotha 2000), „twilight institutions“ (Lund 2007) oder „soziale Ordnungen“ (Mielke et al. 2011) zu erklären. Der Begriff der „hybriden politischen Ordnung“ (Boege et al. 2009; Clements 2009) fängt die Gleichzeitigkeit von Formalität – den Institutionen moderner Staatlichkeit – und Informalität – traditionelle, nicht-staatliche, soziale Institutionen – ein. Vor diesem Hintergrund kommt Schlichte (2005b) zu dem Ergebnis, dass der Begriff des Staatsversagens bloß aus der Dynamik des oben beschriebenen Diskurses resultiere, aber kein greifbares empirisches Phänomen bezeichne.

Die Kritiker der unausgesprochenen Normativität der Fragilitätsforschung greifen verstärkt auf soziologische und anthropologische Forschungsansätze zurück. Eine soziologische Perspektive auf Staatlichkeit rückt die Historizität von Staaten und die Auseinandersetzungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen um die Ins-

titutionalisierung von Herrschaft in den Vordergrund (Bilgin und Morton 2004; Hagmann und Péclard 2010; Schlichte 2005a; Wai 2012). Die Anthropologie des Staates betrachtet Staatlichkeit durch die Linse individueller Kognitionen (Bourne 2011; Hansen und Stepputat 2001b; Olivier de Sardan 2008): Welche Vorstellungen vom Staat liegen den individuellen Erwartungen an Staaten zugrunde? Welchen Stellenwert hat der Staat als globale Norm im Verhältnis zu anderen Formen von sozio-politischer Organisation? Wie wird der Staat in der konkreten Lebenspraxis reproduziert? Diese Mikro-Perspektive auf den Staat zeigt nun, dass der Weberische Idealtyp des Staates derzeit global als „most powerful idea of political order“ fortbesteht (Hansen und Stepputat 2001a).

Aus dem Überblick über die normative Debatte wird deutlich, dass das Konzept von Staatskollaps, welches im Mittelpunkt der in diesem Buch vorgestellten Forschung steht, umstritten ist. Die Kritik an diesem konzeptionellen Ansatz schmälert hingegen nicht den potentiellen wissenschaftlichen Beitrag zur Erklärung von Ursachen für eine bestimmte historische Situation. Die 17 Perioden, die wir als Fälle von Staatskollaps identifizieren, haben gemein, dass sie als häufig gewaltsame, politische, soziale und wirtschaftliche Krisen beschrieben werden können. Wir gehen davon aus, dass die Unterschiede zwischen diesen extremen Krisensituationen und anderen Perioden politischer Instabilität oder sozio-ökonomischer Schwierigkeiten in der Institution des Staates zu suchen sind. Indem wir den Staat als zentralen Gegenstand politischer Auseinandersetzungen und Machtkämpfe zwischen sozialen Akteuren verstehen, weisen wir auch den Vorwurf einer Depolitisierung des Staates zurück.

Zudem ist es in einem vergleichenden Forschungsdesign nicht möglich, der Forderung nach einem konzeptionellen Zugang, der die spezifischen Staatsentstehungsprozesse und Dynamiken von Staatlichkeit erfasst, gerecht zu werden. Komparative Forschung benötigt einen gemeinsamen Referenzpunkt. Die Entscheidung für einen Weberschen Staatsbegriff ist mit der globalen Verbreitung dieses Idealtyps gut zu begründen.

2.2 Warum Staatskollaps statt fragile Staatlichkeit?

Der Begriff der fragilen Staatlichkeit ist ein Sammelbegriff für eine Bandbreite an Konzepten, die auf die Erfassung von institutionellen oder funktionellen Defiziten von Staaten abzielen. Den Konzepten liegen unterschiedliche theoretische Annahmen über die Ontologie des Staates zugrunde. Dies bedeutet, dass Urteile über die Fragilität von Staatlichkeit von unterschiedlichen Standpunkten aus getroffen

werden. Der gemeinsame Nenner besteht darin, dass Staatlichkeit als Kontinuum aufgefasst wird. Aufgrund der enormen Diversität an theoretischen und methodischen Ansätzen, die dem Terminus der fragilen Staatlichkeit zugeordnet werden können, eignet sich dieser zur Bezeichnung eines Forschungsfelds. Hingegen ist unklar, welches empirische Phänomen mit diesem Begriff erfasst wird. Dadurch büßt er sein Potential als analytisches Instrument zur Erforschung von Problemen, die auf die Dysfunktionalität von Staaten zurückgeführt werden, ein. Aufgrund der mangelnden Präzision und Trennschärfe des Fragilitätsbegriffs kann die Gruppe der fragilen Staaten nicht von einer Gruppe der nicht-fragilen Staaten unterschieden werden. Die spezifischen Defizite und Problemlagen von Staaten, die als fragil bezeichnet werden, sind außerdem zu divers als dass von einem gemeinsamen Phänomen ausgegangen werden kann.

Vor diesem Hintergrund fordern Call (2008) und Ulfelder (2012), „fragile Staatlichkeit“ als analytisches Konzept fallenzulassen. Stattdessen setzen sie sich dafür ein, dass sich Forschung zur Funktionsunfähigkeit von Staaten auf extreme Fälle des Versagens konzentrieren solle. Diese Fälle bezeichnen sie in Anlehnung an Zartman (1995) als kollabierte Staaten. Call (2008, S. 1501) stellt sich unter dem Phänomen des Staatskollapses das vollständige Versagen von staatlichen Institutionen vor, eine konkrete Leistung hervorzubringen. Ein Staatskollaps liege jedoch nicht vor, wenn einzelne Ministerien nicht in der Lage seien, ihre Aufgaben effektiv zu erfüllen oder die Reichweite des Staates in einigen Regionen an Grenzen stoße. Der Terminus beschreibe stattdessen einen Zustand des vollständigen Zusammenbruchs eines Nationalstaates. Dies bedeute, dass sämtliche noch existente öffentliche Dienste von nicht-staatlichen Akteuren übernommen würden und der Apparat des Staates jegliche Tätigkeit wie die Einziehung von Steuern oder die Ausstellung von Identitätsdokumenten eingestellt habe. Dieser Zustand des Kollapses müsse zudem für den Zeitraum von mehreren Monaten anhalten.

Für Ulfelder (2012) besteht ein Staatskollaps darin, dass ein souveräner Staat über einen Zeitraum von mindestens 30 Tagen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in der Hauptstadt oder der Hälfte seines Territoriums nicht gewährleisten kann. Als Indikatoren für die mangelnde Staatskapazität zieht er zwei Indikatoren heran, die allein oder in Kombination auftreten können: 1. Die staatliche Kontrolle über ein Gebiet – die Hauptstadt oder eine Hälfte des Landes – wird durch organisierte, nicht-staatliche Akteure wie eine Rebellenarmee oder eine regionale Parallelregierung ersetzt. 2. In einem Gebiet können Recht und Gesetz nicht effektiv durchgesetzt werden; Gesetzeslosigkeit ist allgegenwärtig. Anders als bei Call ist für ihn Staatskollaps nicht erst dann gegeben, wenn alle Institutionen und das gesamte Gebiet des Staates betroffen sind. Seine Konzeptbildung baut damit auf der Logik der Familienähnlichkeit auf. Dies bedeutet, dass eine Gruppe

von Fällen dem gleichen Phänomen zugeordnet werden kann, wenn bestimmte Mindestkriterien erfüllt sind.

Der Vorteil des Begriffs des Kollapses gegenüber dem der Fragilität besteht darin, dass er nicht darauf abzielt, das Kontinuum von Staatlichkeit abzubilden. Dadurch wird ein relativ gut abgrenzbares Konzept geschaffen, welches einen analytischen Zugang zum Phänomen der Funktionsunfähigkeit der Institution des Staates ermöglicht.

2.3 Der Staat

Eine Definition von Staatskollaps kann nur auf Grundlage einer Theorie des Staates erfolgen. Hay und Lister (2006) haben eine Genealogie des Staatsbegriffs dargelegt, in der ein Webersches Verständnis im Zentrum eines Mainstreams steht, der darüber hinaus von einer großen Spannbreite an Denktraditionen wie marxistischen oder gramscianischen Theorien beeinflusst wurde. Diese vorherrschende Auffassung des Staates wurde in den letzten Jahrzehnten zunehmend durch feministische und poststrukturalistische, insbesondere durch die Arbeiten Michel Foucaults inspirierte Ansätze herausgefordert. Diese kritischen Theorien gehen davon aus, dass es den Staat *per se* nicht gibt, sondern dass man ihn als *Effekt* von Machtverhältnissen verstehen muss. Dementsprechend kritisieren sie andere Theorien für die Vergegenständlichung des Staates als Akteur (vgl. exemplarisch Bevir und Rhodes 2010; Lemke 2007; Mitchell 1991; Passoth und Rowland 2010).

Wir folgen Barrows Einschätzung, dass der Staat ein *essentially contested concept* ist. Daher folgert Barrow: „specific concepts of the state are linked to particular methodological assumptions“ (Barrow 1993, S. 11). Auf der Grundlage einer positivistischen Epistemologie treffen wir unsere Theoriewahl anhand von zwei pragmatischen Überlegungen: Erstens, da unser Hauptziel die Verbesserung der empirischen Erforschung von Staatskollaps ist, brauchen wir einen Staatsbegriff, der sich für vergleichende Forschung eignet. Und um zweitens den Dialog mit der vorhandenen Literatur zu erleichtern, sind solche Konzepte vorzuziehen, die bereits in der entsprechenden Forschung verwendet werden.

Daher entscheiden wir uns für eine idealtypische Definition des Staates, der den (manchmal impliziten) Standard in der einschlägigen Literatur darstellt. Methodisch bedeutet dies, dass Fälle anhand ihres Abstands vom Idealtyp eingeordnet werden. Der umgekehrte Ansatz wäre eine Identifikation von Realtypen aus dem Vergleich der Fälle. Wir entscheiden uns für den deduktiven idealtypischen Ansatz, da es bereits eine große Menge an Theorien über den Staat und Staatskollaps gibt. Dies

steht einer späteren Typologisierung oder Taxonomisierung von Staatskollaps nach einer eingehenden empirischen Analyse nicht im Wege.

Nach Eriksen (2011) werden in der Literatur zu fragilen Staaten zwei unterschiedliche Idealtypen verwendet. Der erste stellt den Staat als Governance-Dienstleister dar. Danach ist der Zweck des Staates die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Sicherheit, Gerechtigkeit oder den Schutz von Eigentumsrechten und der öffentlichen Gesundheit. Je nach der genauen Definition können auch Wohlfahrtsfunktionen wie der Zugang zu Bildung, Sozialleistungen, Partizipationsmöglichkeiten und Rechtsstaatlichkeit zu den Kernfunktionen des Staates gerechnet werden.

Der zweite Idealtyp betrachtet den Staat als Instanz zur Ausübung territorialer Kontrolle und zur Monopolisierung der Gewaltmittel. Dieser Ansatz steht in der Tradition Max Webers, dessen Definition die Instrumente des Staates in den Mittelpunkt rückt. Der Webersche Staat verfügt über ein legitimes Monopol über physische Zwangsmittel, mit dem er die Entscheidung seiner politischen Führung und seiner Bürokratie innerhalb eines gegebenen Staatsgebietes durchsetzt. Weber wendet sich scharf gegen jeden Versuch, Staaten anhand ihrer Funktionen von anderen politischen Organisationsformen zu unterscheiden: „Es ist nicht möglich, einen politischen Verband – auch nicht: den ‚Staat‘ – durch Angaben des Zweckes seines Verbandshandelns zu definieren. Von der Nahrungsfürsorge bis zur Kunstprotektion hat es keinen Zweck gegeben, den politische Verbände nicht gelegentlich, von der persönlichen Sicherheitsgarantie bis zur Rechtsprechung keinen, den alle politischen Verbände verfolgt hätten“ (Weber 1972, S. 31).

Eriksen weist selbst darauf hin, dass der erste, auf den politischen Output fokussierte Ansatz mehrere Schwachpunkte hat. Erstens beinhalten derartige Staatskonzepte notwendigerweise normative Positionen, welche Aufgaben ein Staat zu erfüllen habe. Dabei orientieren sich viele Definitionen am OECD-Modell von Staatlichkeit, das von den Realitäten im Globalen Süden noch weiter entfernt ist, als der oft kritisierte Webersche Idealtyp. Weiterhin werden auch Staaten als fragil eingestuft, die bestimmte öffentliche Güter aufgrund einer bewussten politischen Entscheidung nicht produzieren oder unterproduzieren. Umgekehrt sehen andere Staaten, in denen nicht-staatliche Akteure die Schwäche des Staates kompensieren, indem sie die Bereitstellung öffentlicher Güter übernehmen, stärker aus als sie sind. Nicht zuletzt weisen diese Ansätze meist einen starken Demokratie-*bias* auf, indem sie Rechtsstaatlichkeit und Partizipation zu Definitionselementen von Staatlichkeit machen. Aus diesen Gründen bevorzugen wir einen Weberschen Idealtyp und konzentrieren uns auf die institutionelle Kapazität des Staates (ähnlich Holt und Manning 2014).

Webers bekannte Definition des Staates lautet wie folgt: „Staat soll ein politischer Anstaltsbetrieb heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungstab erfolgreich das

Warum Staaten zusammenbrechen

Eine vergleichende Untersuchung der Ursachen von
Staatskollaps

Lambach, D.; Johais, E.; Bayer, M.

2016, IX, 197 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-11822-8